

„Wer reist in Österreich schon legal ein?“

Der parteiunabhängige Wiener Verein *Purple Sheep* (www.purplesheep.at) wurde 2010 von Karin Klaric, Kurosh Allahyari und Brigitte Mayer gegründet, in Reaktion auf die Änderungen im österreichischen Asylgesetz. Er hat die Zielsetzung, die Rechte von Asylsuchenden sowie Migrantinnen und Migranten zu fördern und zu schützen, nach dem Prinzip *Respect – Protect – Fulfill*. Das Repertoire von *Purple Sheep* umfasst Rechtsberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen sowie die Dokumentation von Missständen im österreichischen Asylsystem. Matthias Weinzierl hat sich für die *Hinterland* mit Karin Klaric von *Purple Sheep* unterhalten.

Was macht *Purple Sheep* und wie seid ihr entstanden?

2010 gab es eine Gesetzesänderung in Österreich. Die österreichische Regierung wurde von Europa ermahnt, für Menschen, deren Asylverfahren sehr lange gedauert hat, eine Bleiberechtsregelung einzuführen. Das europäische Anliegen: Wenn der Staat zehn bis zwölf Jahre brauche, über einen Asylantrag zu entscheiden, und sich die Leute in der Zwischenzeit hier integrieren, dann müsse er ihnen einen Aufenthalt ermöglichen. Österreich hat sich gegen diese Vorgabe mit Händen und Füßen gewehrt. Als dann der Europäische Gerichtshof eine Regelung eingefordert hat, hat man 2010 das Asylgesetz und eine Art Bleiberechtsregelung eingeführt. Die hat auf dem Papier gut geklungen. In der Realität konnten die Leute weiterhin ohne Rechts-

schutz oder Einspruchsmöglichkeit nach zehn, zwölf Jahren andauern dem Asylverfahren abgeschoben werden. Diese Gesetzesänderung hat jedoch eine so enorme Verschärfung des Asylrechts dargestellt, dass wir gesagt haben, jetzt geht's nimmer, jetzt werden Leute ihrer Rechte beraubt, der Rechtsschutz wird eingeschränkt in einem Ausmaß, in dem das in einer Demokratie nicht sein darf.

Die EU hat einen Missstand angeprangert, der behoben werden sollte; und die Lösung war dann eine Verschlimmerung?

Genau. Es gab vorher keine Regelung für diese Fälle und keine Möglichkeit, einen Antrag auf ein Bleiberecht zu stellen. Dann wurde das Bleiberecht eingeführt. Gut, denn wenn jetzt ein Asylverfahren länger als fünf Jahre dauert, dann

kann der Betroffene sein Bleiberecht beantragen. Der Haken dabei: Während über seinen Antrag entschieden wird, kann er trotzdem abgeschoben werden, und sobald er außer Landes gebracht wurde, wird sein Verfahren eingestellt.

Sobald jemand also einen Antrag auf ein Bleiberecht stellt, lädt er die Behörden zu seiner eigenen Abschiebung.

Gleichzeitig hat man auch den Rechtsschutz verschlechtert. Vor der Gesetzesänderung konnte man beim Verfassungsgerichtshof einen Einspruch gegen die Abschiebeentscheidung erheben. Diese Möglichkeit wurde gestrichen. Eine weitere Verschlechterung: Vor der Änderung wurde bei psychisch erkrankten Asylsuchenden das Asylverfahren unterbrochen. Man gewährte eine psychologische Behandlung, und wenn der



Betroffene sich stabilisiert hatte, wurde das Asylverfahren fortgesetzt. Dieses Vorgehen wurde rausgenommen. Ebenfalls gestrichen wurde, dass geflüchtete Frauen, deren Asylgrund ein sexueller Übergriff im Krieg war, von einer weiblichen Beamtin vernommen werden durften. Diese Wahlfreiheit wurde gestrichen. Das war alles für mich so unglaublich – ich war damals Rechtsberaterin in einem Verein – ich dachte, das gehört jetzt aufgezeigt.

Es gab damals in Österreich schon eine recht gute NGO-Szene, die sehr stark vom Staat subventioniert wurde. Deswegen war es ihnen nicht möglich, diese Verschlechterungen in der Öffentlichkeit anzusprechen. Die trugen in gewisser Weise einen Maulkorb. Da habe ich mit drei Weiteren beschlossen: Was hier gerade passiert,

ist so schlimm – das müssen wir zeigen. Wir glauben nicht, dass die Österreicherinnen und Österreicher wissen, wie mit Fremden hier umgegangen wird.

Gleichzeitig ist es damals zu einem Bruch gekommen. Die FPÖ hat in der Presse Stimmung gegen illegale Ausländer gemacht und ist erhört worden. Wir haben gewusst, dass wir den Leuten zeigen müssen, wer diese illegalen Fremden eigentlich sind, was der Begriff bedeutet; und das muss von jemanden kommen, der eine seriöse Ausbildung hat und nicht aus der klassischen NGO-Szene kommt.

Wir bei *Purple Sheep* haben alle ein Studium oder sind in sehr konservativen Berufen tätig. Wir haben dann den Verein gegründet. Wir möchten vor allem Rechtsberatung für Fremde, aber auch mit Presse

und Medien zusammenarbeiten und diese Missstände aufzeigen und belegen. Es hat sich gezeigt, dass diese Änderungen dazu geführt haben, dass immer mehr Familien ohne Schutz abgeschoben wurden. Das hat so funktioniert: Es gab dieses neue Bleiberechtsgesetz und das Innenministerium hat dazu Weisungen rausgegeben; Polizisten mussten Familien nach zehn Jahren Warten auf eine Entscheidung den negativen Asylbescheid in die Hand drücken, und in der gleichen Sekunde mussten sie die Familien festnehmen. In dem Gesetz war auch eingeführt worden, dass der zweite negative Bescheid von der Polizei übergeben werden muss.

Das heißt, es gibt auch keine Vorwarnung, dann kommt die Polizei und sagt, „Du wirst jetzt abgeschoben?“

Die Polizei sagt: „Schau, da ist der Brief, auf den du seit zehn Jahren wartest.“ Sobald die Familie den Brief angenommen hat, kann sie keinen Anwalt mehr sprechen, weil hinter dem Polizisten, der den Brief übergeben hat, gleich die anderen 15 Polizisten warten, die die Familie dann zusammenpacken. Die Familie hätte dann aus der Schubhaft vielleicht noch 48 Stunden bis zur Abschiebung Zeit, einen Antrag auf Bleiberecht einzubringen, nur wäre das völlig wurscht, weil der Antrag – bis heute übrigens – keine aufschiebende Wirkung hat.

Dann waren sie bei der Asylrechtsänderung von 2010 noch so clever, dass sie nicht gesagt haben: Jeder bekommt Bleiberecht, wenn sein Asylverfahren länger als fünf Jahre gedauert hat. Sondern sie haben festgelegt, dass alle, die vor 2005 eingereist sind, die Möglichkeit auf so einen Antrag haben. Alle, die nur einen Tag nach dem Stichtag ihren Antrag gestellt haben, wurden ausgeschlossen, und sie haben diesen Stichtag erst nach zehn Jahren wieder neu verändert. Und heute muss ich dir sagen, ich wünsche mir dieses Gesetz zurück.

Weil ihr jetzt noch schlimmere Änderungen im Asylrecht habt?

Ja, es hat laufend Anpassungen gegeben, die die Situation verschärft haben. Wir haben dann eben unsere Arbeit begonnen und massiv mit den Medien zusammengearbeitet. Wir konnten durch unsere Dokumentationen zeigen, wie unverhältnismäßig die Polizei mit den Betroffenen umgeht, wie Kinder von bis an die Zähne bewaffneten Beamten abgeholt werden. Für eine Abschiebung, bei der sich niemand zur Wehr setzt,

müssen sich Jugendliche an die Wand stellen und werden überprüft, ob sie bewaffnet sind – ganz verrückt. Durch unsere Arbeit, dachten wir, können wir regelmäßig Verbesserungen einführen und schaffen es, dass ein Bleiberechtsantrag wieder eine aufschiebende Wirkung hat. In der

Schieb's zurück mit dem nächsten Flieger

Regel hat sich das in Österreich aber so entwickelt, dass jeder Missstand, jeder Rechtsübergreif, jede Rechtslücke in der Folge durch eine Novelle nachjustiert und rechtmäßig gemacht wurde.

Kannst du anhand eines Einzelfalls beschreiben, wie sich das dann abspielt?

Wir haben die Abschiebung einer Familie gefilmt, bei der die Mutter auf der Psychiatrie war und die Kinder ohne die Mutter in den Kosovo abgeschoben wurden. Das war vollkommen rechtswidrig. Damals hat noch gegolten, dass man Familien immer gemeinsam und mit Bedacht behandeln muss. Bei der nächsten Novelle hat es dann geheißen: Wenn niemand auffindbar ist, kann man jedes Familienmitglied einzeln abschieben. Familien kann man also trennen, und das örtliche Jugendamt muss sich lediglich mit dem Jugendamt in dem Herkunftsland in Verbindung setzen. Also man hat immer nach unten nachgeschraubt.

Im Juni letzten Jahres hat man in Österreich eine Gesetzesnovelle erlassen, die meiner Meinung nach das Asylrecht außer Kraft setzt und kaum Beachtung gefunden hat.

Früher konnte jeder, der nach Österreich gekommen ist, vor einem Polizisten das Wort „Asyl“ ausrufen und wurde dann in eine Erstaufnahmestelle überstellt, und war somit voll im Asylverfahren. Heute ist es so, dass jeder, der nach Österreich kommt und „Asyl“ ausruft, nicht automatisch in ein Erstaufnahmezentrum verteilt wird, sondern der Beamte vor Ort, in der Regel ein einfacher Grenzpolizist, selbst entscheiden kann, ob er die Person zum Asylverfahren zulässt, oder sie festnimmt und sofort wieder in ihr Herkunftsland zurückschickt.

Völlig willkürlich?

Völlig willkürlich! Das einzige, was er machen muss, ist, mit dem Beamten in der Erstaufnahmestelle Rücksprache zu halten. Nach meiner Erfahrung läuft das folgendermaßen ab. Die greifen zum Beispiel fünf Leute auf, nehmen die mit auf die Polizeistation dann schnappt sich einer das Telefon:

„Ich hab da fünf Chinesen am Flughafen, die wollen alle Asyl. Was soll ich machen?“

„Na, schieb's zurück! Schieb's zurück mit dem nächsten Flieger!“

Ohne Rechtsschutz, ohne alles. Sie dürfen das nur nicht so machen, wenn jemand mit Dokumenten und legal einreist. Aber wer reist in Österreich schon legal ein? Dann wurde das Gesetz soweit verändert, dass der illegale Grenzübertritt als Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewertet wird, und dieser Verstoß ist wiederum ein Ausschlussgrund von allen Aufenthaltstiteln. In diesem Gesetz steht zudem, dass jeder, dessen Asylantrag in der ersten Instanz negativ beschieden wird, aus der Grundversorgung fliegt.

.....
Überstellung
Transport einer
Person in staatlicher
Gewalt, von einem
Ort an einen
anderen. Staaten
liefern oft geflüchtete
Menschen anderen
Staaten aus, damit
deren Behörden
über ihre aufent-
haltsrechtliche
Zukunft entscheiden.
Überstellt werden
auch inhaftierte
Menschen ohne
Fluchthintergrund,
um in ein anderes
Gefängnis oder
einen anderen Staat
gebracht zu werden,
etwa damit sie für
einen Gerichtspro-
zess verfügbar sind.
.....



Was heißt das konkret?

Das heißt: keine medizinische Versorgung, außer sie ist lebensnotwendig; kein Quartier, kein Taschengeld, keine Arbeitserlaubnis.

Er bekommt also keine Grundversorgung mehr, muss aus der Unterkunft ausziehen und soll dann seinen Widerspruch von der Straße aus einlegen?

Ja, aber selbst wenn jemand einen positiven Bescheid bekommt, muss er ausziehen und verliert ebenfalls die Grundversorgung. Wenn du einen positiven Asylbescheid hast, dann wirst du in Österreich einem gewissen Bundesland zugeteilt. Das finde ich grundsätzlich gut. Aber das Problem ist jetzt zum

Beispiel: Eine somalische Familie in Tirol. Die bekommt nach drei Jahren ohne Integrationsmaßnahme ihren positiven Bescheid. Mit dem Bescheid sagt man ihnen: „Ihr habt jetzt noch für einen Zeitraum von acht Wochen das Quartier, dann müsst ihr ausziehen.“ Die Frist von acht Wochen ist übrigens das Maximum, da haben sie schon Glück, denn normalerweise sind es nur drei. Sie müssen sich innerhalb von acht Wochen ohne Startkapital – was sollen sie sich von 40 Euro Taschengeld im Monat pro Person Geld für eine Kautions ersparen? – eine private Unterkunft suchen.

Also in Tirol?

Ja, in Tirol, denn nur dort kriegen sie eine Mindestsicherung wie ein Österreicher. Das ist, abgesehen von den Kosten, auch aufgrund der Stimmung in Österreich unmöglich. Was passiert? Die Familie fliegt auf die Straße und geht nach Wien. Warum nach Wien? Dort gibt es meistens eine Community aus deinem Land, die einem eine Möglichkeit zum Wohnen verschafft. Aber du kriegst keine Mindestsicherung, denn Wien zahlt natürlich nur dann Sozialunterstützung, wenn jemand in den letzten Monaten durchgehend mit einem Wohnsitz gemeldet war.

Und an dieser Stelle kommen wir mit *Purple Sheep* wieder ins Spiel. Unsere Aufgabe ist es einerseits,



österreich

meistens in einem katastrophalen Zustand, aber wir haben das Glück, dass der Bauträger die Hausbetriebskosten selber trägt. Das heißt, es fallen keine Kosten für das Warmwasser oder für die Müllabfuhr und so was an.

Wie lange dürfen die Leute dann dort wohnen?

Lange! Zwei bis drei Jahre. Das ist super, aber er ist der einzige, der das macht. Andere Bauträger wollen zumindest die Betriebskosten bezahlt bekommen.

Wie entscheidet ihr, welche Familie eine Wohnung bekommt? Und wie finanziert ihr eure Arbeit?

Wir kennen die Leute und wir haben eine Warteliste. Ich schau mir immer an: Wer hat ein krankes Kind? Wer hat eine kranke Frau? Oder für wen ist es unzumutbar, dass er auf der Straße leben muss?

Die schlafen da irgendwo in den Wiener Grünanlagen oder wie darf man sich das vorstellen?

Dass Leute nur auf der Straße schlafen, glaube ich nicht. Immer mal wieder bekommen sie einen Schlafplatz bei Freunden oder Bekannten.

Und wie ist es mit dem Essen? 182 Familien zu versorgen ist ja eine amtliche Aufgabe!

Die kommen zu uns und nehmen mit, was wir an Essens-Spenden selbst bekommen haben. Wir haben ja noch dieses kleine *Purple Sheep*-Restaurant auf dem Markt. Wenn wir am Abend Essen übrig haben, wird das auch alles abgeholt. Wir geben halt alles, was wir haben, her.

Man kann nur hoffen, dass die Präsidentenwahl im Oktober nicht für den Hofer ausgeht. Man mag sich nicht vorstellen, was das bedeutet.

diese Familien, deren Verfahren so lange gedauert hat und die rechtlich keinerlei Möglichkeiten mehr haben, doch noch irgendwie mit Unterstützung von Prominenten und Bekannten vor einer Abschiebung zu retten. Zudem haben wir eine offene Rechtsberatung, zu der jeder kommen kann, und wir werden überrollt von Menschen, die auf der Straße stehen und dringend eine Wohnung, Essen, Kleidung und vor allem auch medizinische Versorgung brauchen.

Damit man eine Vorstellung bekommt – wie viele Menschen betreut ihr derzeit?

Wir betreuen mittlerweile 182 oft kinderreiche Familien. Viele der Familien stammen aus Somalia, denn die sind schwer integrierbar aufgrund ihres muslimisch-afrikanischen Hintergrundes. Die zweite große Gruppe stammt aus

Afghanistan. Menschen aus Afghanistan will momentan keiner eine Unterkunft geben, denn das sind ja alles „Vergewaltiger“. Das sind die zwei Hauptgruppen von Familien – meist mit Kindern, oft mit schwer kranken Kindern, die entweder auf der Straße, in Obdachloseneinrichtungen oder in Kirchenunterkünften schlafen.

Was macht ihr mit den 182 Familien?

Wir versorgen sie mit dem Notwendigsten. Wir haben mittlerweile 97 Wohnungen vergeben. Unser Vermieter ist ein Bauträger, der Abrisshäuser kauft und uns dann, sobald die Wohnungen leer stehen, diese Wohnungen kostenlos zur Zwischennutzung zur Verfügung stellt, bis er mit dem Abriss oder dem Umbau beginnt. Immer, wenn dort wer auszieht oder umzieht, gibt er uns die Schlüssel für eine Wohnung. Die ist

Woher stammen die gespendeten Lebensmittel?

Wir bekommen Lebensmittelspenden von Privatleuten und vom Wirt vom „Schutzhaus zur Zukunft“, wo der Kabarettist Josef Hader immer wieder auftritt. Der kauft dann halt für ganz viel Geld ein und wir können das dann verteilen. Das funktioniert auch nur so, weil alles andere so streng reglementiert ist. Es gibt zum Beispiel eine kostenlose Arztpraxis für Unversicherte hier in Wien, aber die dürfen nur EU-Bürger oder Leute mit Aufenthaltsstatus behandeln, und trotzdem behandelt die unsere Leute. Uns fliegt aber viel auch zu! Wir haben relativ wenig Ressourcen, um groß Werbung zu machen, oder um Spenden anzufordern, und trotzdem fliegt uns Gott sei Dank so einiges zu. Wir sind gut vernetzt und viele kennen uns.

Ihr geht aber mit dramatischen Einzelfällen auch bewusst an die Öffentlichkeit?

Ja, und zeigen dadurch Missstände auf. Das Problem ist nur, dass es mittlerweile sehr schwer ist, in die Medien zu kommen. Besonders mit dem Thema Abschiebungen. Niemand will lesen, dass es einem Flüchtling nicht gut geht.

Besteht da eine gewisse Sättigung?

Die Reaktionen sind immer die Gleichen: „Die sollen das machen.“ „Wir können nicht alle aufnehmen.“ „Es geht auch unseren Leuten schlecht.“ „Wer hilft eigentlich unseren Leuten?“ Darunter leiden schon jetzt ganz viele. Manchmal habe ich das Gefühl, diese Vorbehalte werden bewusst lanciert.

Haben denn die wiederholten FPÖ-Erfolge eine Auswirkung auf das Asylthema in Österreich? Wie ist die aktuelle Lage?

Sicher hat es Auswirkungen. Man merkt einfach, dass viele Beamte, die bisher ihre Ideologie nicht offen gezeigt haben, jetzt ihr wahres Gesicht zeigen und sie ganz brutal im Rahmen des Rechtes und auch des Unrechtes vollziehen, also über den gesetzlichen Rahmen hinaus. Und auch in Krankenhäusern wird es immer schwieriger, Leute ohne Papiere

Du mußt weghören, ich mach das auch so

behandeln zu lassen. Man sieht jetzt plötzlich überall die Masken fallen und jeder traut sich, sich ganz klar gegen Ausländer, gegen Fremde zu äußern.

Und wie ist die allgemeine Atmosphäre? Werden denn Flüchtlinge auf der Straße angefeindet?

Ja, uns berichten Kinder von neu angekommenen Familien, die zur Schule gekommen sind und dort sehr isoliert sind. Ein Beispiel: Letztes Mal am Meidlinger Markt ist der Marktkontrolleur in unserem Lokal. Er steht bei mir an der Bar, quatscht mit mir und lässt sich auf einen Kaffee einladen, als ein paar somalische Mädchen und ein somalischer Bub reinkommen. Sie sind höflich, begrüßen alle und wollen ihm auch die Hand reichen und der Kontrolleur dreht sich weg und sagt: „Die gehören hier nicht her!“ Das sagt er vor einem zehnjährigen Mädchen.

Das ist mittlerweile normal. Die Kinder, die bei uns im Haus wohnen, betreuen wir auch sehr gut, weil ihre Eltern die Sprache nicht so gut verstehen. Eine Mutter hat uns gebeten, mit ihrem 13jährigen Sohn zu reden, weil der solche Probleme in der Schule hat. Wir haben dann mit ihm und seiner Schwester geredet. Er hat uns erklärt, dass er so aggressiv wird, weil in der Schule so schlecht über seine Mutter gesprochen wird – auch von den Lehrern. Daraufhin sagt seine Schwester zu ihm: „Du mußt weghören, ich mach das auch so.“ Und als ich sie frage, „Wo hörst du denn weg?“, dann sagt sie: „Auf der Straße, wenn ich nach Hause gehe, die alten Leute beschimpfen mich immer ganz schlimm, obwohl ich gar nichts mache.“ Und in dem Zusammenhang erzählt sie uns, dass sie seit drei

Jahren in jeder Pause ganz alleine sitzt. Oder eine Turnlehrerin hat ein georgisches Mädchen immer eine Runde extra laufen lassen, „weil Ausländer mehr leisten müssen“.

Was macht ihr dann in solchen Fällen? Werdet ihr aktiv?

Heute habe ich mit dem Meldeamt telefoniert, weil sich eine unserer Familien nicht anmelden kann und deshalb deren Kinder aus der Schule fliegen sollen. Die Eltern können nicht auf das Amt, weil sie Angst haben, dass ihnen dort die Papiere abgenommen werden und sie in Schubhaft genommen werden. Ohne Meldezettel keine Schule. Wir haben es hier in unserem Bezirk geschafft, dass die Kinder ohne Meldezettel trotzdem in die Schule kommen dürfen. Ruft mich die Direktorin an und sagt, „Bitte, können Sie mit der Frau vom Amt reden, weil ich geh in Pension und die Klassenlehrerin

soll ja meine Nachfolgerin werden und die hat so Angst, dass sie jetzt Nachteile hat, wenn die Kinder in der Schule bleiben.“ Ich sage, *„Geben Sie mir die Telefonnummer, ich erklär' ihr das.“* Ich rufe sie an und sage: *„Schauen Sie, ich will die Kinder ja gerne anmelden, aber ich kann es nicht – alle wissen ja, dass die bei uns wohnen, aber nur ihr Meldeamt gibt keinen Meldezettel.“* Die Frau vom Amt: *„Ja, aber was glaubt denn das Gesindel, dass die da zwei Jahr wohnen können ohne Meldezettel und dann die Schulkosten, und den Schulplatz besetzen. Es ist schon richtig, wenn die sich nicht anmelden können, die kriegen schon einen Meldezettel, in Georgien, aber nicht in Wien.“* Das sagt eine Magistratesbeamtin.

Noch eine Geschichte: Ein obdachloser, psychisch kranker Kenianer hat eine Österreicherin um vier Uhr in der Früh mit einer Eisenstange erschlagen. Und wie das dann durch die Medien gegangen ist, habe ich mir schon gedacht, „dass jetzt was passiert ist, ist doch irgendwie logisch, wenn psychisch Kranke nicht behandelt werden.“ Die fliegen aus allen Einrichtungen raus – weil psychisch auffällig – kriegen aber keine Unterbringung in der Psychiatrie, weil die für Flüchtlinge nicht vorgesehen ist, und landen dann auf der Straße.

Und in der Obdachlosigkeit verstärkt sich die Psychose – das sehe ich auch bei Klienten von mir – weil die ja dauernd Angst vor der Polizei haben, die sie regelmäßig kontrolliert und festnimmt. Meistens werden sie dann auch noch geschlagen und dann wieder freigelassen, dadurch verstärkt sich das immer mehr. Den Mörder kannte ich nicht, aber dass so etwas passiert, war vorhersehbar.

Da gibt es sicher noch 150 andere in Wien, die so eine Gefahr in sich tragen.

Und das Problem beginnt schon, nachdem sie eine Passage aus der Asylgesetzgebung gestrichen haben, psychisch Auffällige sofort in der Psychiatrie behandeln zu lassen. Auch eine gesonderte Unterbringung wurde rausgestrichen. Und jetzt stranden die halt sehr früh auf der Straße und fallen vor allem durch Körperverletzungen auf. Auch der Kenianer war 15 Mal wegen irgendwelchen Auffälligkeiten leicht vorbestraft. Er kam nie in Haft, weil er aufgrund der schweren psychischen Erkrankung haftunfähig war.

Die Polizei vor Ort hat ihn nicht mehr festgesetzt und verprügelt, sondern ihn im Auge behalten. Die Standlbetreiber haben ihm immer was zu Essen und eine Decke gegeben. Es war kalt über den Winter und dann wurde die Baustelle, wo er geschlafen hat, aufgelöst, da hat er seinen Schlafplatz verloren und dürfte wahrscheinlich noch schlimmer krank geworden sein. Er hat sich verfolgt gefühlt und ist ausgerastet.

Florian Klenk vom Stadtmagazin *Der Falter* schreibt auf Facebook, wenn die Polizei und das Innenministerium jetzt nicht rasch reagieren und straffällig gewordene Täter nicht sofort außer Landes gebracht würden, dann könnten sich die Kinder nicht mehr in die Parks trauen. Sein Beitrag war so undifferenziert, nach dem Motto „Ausländer gleich kriminell“.

Klenk ist Journalist und Jurist und sollte auch sagen, warum dieser auffällig gewordene psychisch kranke Mann nicht in der Psychiatrie untergebracht worden ist. Besonders, wenn jemand schon vielfach wegen Körperverletzung

aufgefallen ist. Ich habe dann einen Freund angerufen und gefragt: *„Was ist denn mit dem Florian Klenk los?“* Der hat mich dann total überrascht; *„Der Florian hat total recht! Mein Sohn traut sich bei der U6 nicht mehr raus.“* *„Warum?“* *„Dort stehen plötzlich lauter Drogendealer herum.“* Wahnsinn! Die erkennt man natürlich an der Hautfarbe, weil das ist so eine Multikulti-Gegend – da gibt's die günstigsten Geschäfte von Wien, und einen Markt mit Halalfleisch, dort kaufen viele Afrikaner ein, die treffen sich dort auch.

... und die sind natürlich alle Drogendealer, denn dunkle Hautfarbe bedeutet Drogendealer?

Ich habe dann auch gefragt, *„Woran erkennt denn dein Sohn, dass das die Dealer sind? Wird er angesprochen?“* Nein, es ist allein die Hautfarbe. Soweit sind wir jetzt schon. Der Florian Klenk hat in seinem Post auch geschrieben: *„Es muss Schluss sein mit dem relativierenden Gutmenschen-tum.“* Man kann nur hoffen, dass die Präsidentenwahl im Oktober nicht für den Hofer ausgeht. Man mag sich nicht vorstellen, was das bedeutet. Ich bin ganz schön neugierig, wie manche sich positionieren werden, von denen man es nicht erwartet. Aber grundsätzlich glaube ich, müssen wir dann ins Exil nach München kommen.

Danke für das Gespräch Karin.<